

Annoncens  
Annahme-Bureau's:  
In Polen  
außer in der Czecchian  
Großb (C. H. Ulrich & Co.)  
Bretterstraße 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Ch. Spindler,  
Markt- u. Friedrichstr. 4;  
Groß bei Herrn J. Streisand  
in Frankfurt a. M.;  
G. J. Danke & Co.

# Posener Zeitung.

No. 233.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Bösen 14 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

**Donnerstag, 2. April.**  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Tannenbergs  
Annahme-Bureau:  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Galen:  
Adolph Wosse;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,  
Wien u. Basel:  
Hausenstein & Vogler;  
in Berlin:  
J. Petermeyer, Schloßplatz;  
in Breslau: Emil Habath.

1874.

## Saintfishes

Berlin, 1. April. Der König hat den Bergrevierbeamten, Bergmeister Louis Harz zum Ober-Bergroth; den bisherigen Eisenbahn-Ober-Betriebsinspектор Johann Friedrich Hermann Kricheldorf, Mitglied der königlichen Eisenbahn-Kommission in Düsseldorf, zum Reg.- und Baurath; den bisherigen Gymnasial-Oberlehrer Professor Dr. Wilhelm Dittenberger in Quedlinburg zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Halle; den Oberlehrer Dr. Lorenz Peters am Gymnasium in Heiligenstadt zum Gymnasial-Direktor; den Seminar-Direktor Heinrich Paul zu Hamburg zum einzlich preußischen Seminar-Direktor ernannt; und dem Kaufmann und Fabrikbesitzer Karl Heinrich Adolph Ulrici zu Berlin den Charakter als Kommerzienrat verliehen.

Der ordentliche Lehrer an der Sophien-Realschule, Dr. Georg Frobenius, ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität hieselbst ernannt worden. Der Privatdozent Dr. Carl Woermann zu Heidelberg ist zum Lehrer der Kunstmuseen an der Kunst-Akademie zu Düsseldorf ernannt und demselben als Prädikat „Professor“ verliehen worden. Dem Gymnasial-Direktor Dr. Lorenz Peters ist die Direktion des Gymnasiums in Hadamar übertragen worden. Dem Seminar-Direktor Paul ist die Direktion des evangelischen Schullehrer-Seminars zu Pr. Friedland übertragen worden.

Die Berufung des ordentlichen Lehrers Dr. Wilh. Ludwig Christian Kühne vom Friedrichwerderschen Gymnasium in Berlin zum Oberlehrer am Gymnasium in Frankfurt a. O. ist genehmigt worden. Der ordentliche Lehrer Dr. Kolbe beim Andreas-Gymnasium in Hildesheim ist als Ober-Lehrer an das Gymnasium zu Stade berufen worden. Der Ober-Lehrer Scholz ist von Lingen an die Klosterschule in Ifeld und der Ober-Lehrer Winkelmann von Ifeld an das Gymnasium zu Lingen versetzt und bei der genannten Klosterschule der ordentliche Lehrer Dr. Schlüter zum Ober-Lehrer befördert worden.

Dem Ober-Bergmeister Harz ist die Stelle eines Mitgliedes bei dem Ober-Bergamt zu Dortmund übertragen worden. Die Berg-Assesoren Gustav Neumann und Rudolph Brüning, sowie der Berg-Hütten- und Salinen-Eleve Ernst Boegebold sind, unter Beilegung eines Charakters als Bergmeister, zu Berg-Revierbeamten ernannt und Ihnen die Verwaltung der Bergreviere Gelsenkirchen, Westfälisch-Dortmund beziehungsweise Sprockhövel im Ober-Bergamtbezirk Dortmund übertragen worden, der Bergrevierbeamte Bergmeister Schmid, bisher zu Sprockhövel, ist in gleicher Eigenschaft nach Hamm versetzt worden. Der Bergrevierbeamte Bergmeister Paul Schneider, ist von Beuthen a. S. nach Halberstadt versetzt worden, der bisherige königl. Eisenbahn-Baumeister Edgar Schmedt, früher in Unna, jetzt in Münster ist zum königl. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspektor ernannt und auf sieben die Stelle eines solchen bei der Westfälischen Eisenbahn darlässt verliehen worden, der bisherige Eisenbahn-Ingenieur Adolf Landius in Bremen ist als königl. Eisenbahn-Baumeister bei der Hannoverschen Staats-Eisenbahn mit dem Wohnsitz in Hannover angestellt worden.

Dem Rechtsanwalt und Notar Brzosa in Ratscher ist die Verleihung seines Wohnsitzes nach Leobschütz zum 1. Mai cr. gestattet worden, dem Rechtsanwalt und Notar Hennig in Winizig ist die Verleihung seines Wohnsitzes nach Wohlau zum 1. Mai cr. gestattet worden.

**Gesigraphische Nachrichten.**

**Straßburg**, 1. April. Die Annahme des Bürgermeisteramtes von Herrn Julius Klein nunmehr definitiv abgelehnt worden.

**Wien**, 1. April. Ein Telegramm der „Neuen freien Presse“ aus Konstantinopel meldet, der Agent Serbiens, Krstic, habe dem Minis-

**Madrid**, 31. März. Zur Verstärkung der Nordarmee sind weitere 15,000 Mann von hier in Bewegung gesetzt. Der definitiv Angriff auf die Stellung der Carlisten in Pedro Abanto soll nach den umgehenden Nachrichten heute oder spätestens morgen stattfinden. Die Verwundung Prima de Rivera's ist eine schwere, sein Zustandcreat Beforranisse. Der carlistische General Olae ist offenbar

Konstantinopel, 31. März. Der zwischen der türkischen Regierung und England im Nahen Osten ausgebrochene Konflikt ist gütlich beigelegt worden. Die Pforte hat die Kommandanten ihrer Truppen angewiesen, die Gefangenen an die britischen Behörden auszuliefern. Gestern fand hier bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Kadschid Pascha, eine Konferenz von Vertretern der auswärtigen Mächte anlässlich des von Herrn v. Leffeps gegen die Anwendung des neuen Suezkanal-Tarifs eingelegten Protestes statt. Dieselbe

<sup>\*)</sup> Bringt der Betrieb der kaiserlichen Tabak-Manufaktur zu Straßburg dem Staate Gewinn oder Verlust?

Unter den Petitionen an den Reichstag befindet sich, wie an einer anderen Stelle dieses Blattes schon mitgetheilt worden, auch eine Petition der Tabakproduzenten in Elsaß-Lothringen, in welcher sie den Reichstag eruchen, durch seinen Einfluss die deutsche Reichsregierung zu bestimmen, die kaiserliche Tabak-Manufaktur zu Straßburg, welche jetzt von Staatswegen und mit Staatsmitteln betrieben wird, entweder aufzulösen oder

Es muß den unbefangenen und nicht mit den Verhältnissen vertrauten Leser in Erstaunen setzen, daß die Produzenten selbst, welcher noch an dem schnellen Verkauf ihres Produkts gelegen sein muß, die Friststellung des Betriebes einer Fabrik verlangen, welche 1000 Arbeiter beschäftigt, und deshalb als starker Käufer auf dem Markt für Rauchtabak auftritt und unter normalen Verhältnissen eine Steigerung der Preise bewirken müßte. Leider aber wirkt die kaiserliche Tabak-Manufaktur in Straßburg nicht in diesem, den Produzenten günstiger

Sinne, sondern indem sie durch die Art und Weise ihres Fabrikbetriebes jede Konkurrenz ausschließt, schafft sie sich in Elsaß-Lothringen nach gesetzlicher Abschaffung des Tabak-Monopols ein faktisches Monopol des Verkaufs, welches nach Lage der Verhältnisse auch ein Monopol des Einkaufs nach sich zieht, so daß die elsässer Tabakpflanzen genötigt sind, ihr Produkt den Einkäufern für die strasburgische Manufaktur zu verkaufen, und daß bei diesem Ausschluß jeder Konkurrenz die Preise nicht den Wünschen der Verkäufer entsprechen, läßt sic

Man wird nun fragen, wie ein solcher Ausschluß der Konkurrenz aller übrigen deutschen Fabrikanten möglich ist; die Sache wird aber begreiflich, sobald man erfährt, daß die straßburger Fabrik ihre Fabrikate zu Preisen verkauft, welche nach Ansicht aller Sachverständigen sich weit unter den Herstellungskosten der Fabrikate bewegen. Man wird dies zwar wahrscheinlich bestreiten, man wird auf das Budget für Elsaß-Lothringen verweisen, in welchem der Gewinn aus der straßburger Manufaktur mit rund 2 Millionen Franks figurirt, und daraus deduciren, daß ein Verkauf unter den Herstellungskosten nicht möglich sei. Aber es scheint, daß man bei der Gewinnberechnung die Rohmaterialien zu dem Preise angenommen hat, welchen die deutsche Verwaltung bei der Beschlagnahme im Jahre 1870 bezahlt hat, d. h. daß man sie für nichts gerechnet hat. Für diese Annahme sprechen die Preise, zu welchen die straßburger Fabrik verkauft, und es sind in dieser Beziehung seitens der Patenten den Reichstagsmitgliedern höchst charakteristische Mittheilungen gemacht worden, welche gleichzeitig eine treffliche Illustration zu der so oft besprochenen Frage, ob der Staat Industrie treiben soll, liefern. Nach diesen Mittheilungen werden z. B. Tabake, welche sich bei mittleren Preisen des Rohmaterials und bei den billigsten Berechnungen der Herstellungskosten auf 162 Franks pro 100 Kilo stellen, von der kaiserlichen Manufaktur mit 125 Franks und 12½ pCt. Diskont, d. h. mit 110 Franks verkauft. Nach einer andern, von anerkannten Sachverständigen angestellten Berechnung, stellt sich der Preis des von der kaiserlichen Manufaktur zu 90 Frks. = 24 Thlr. pro 100 Kilo verkauften Tabaks billigst mit Emballage auf 28 Thlr. 18 Sar. 4 Pf.

Es würde den Leser einer politischen Zeitung langweilen, wenn wir in die Details der Fabrikation weiter eingehen wollten, wie wünschten nur zu zeigen, wie sich das Verhältnis der Verkaufspreise der straßburger Manufaktur zu den Herstellungskosten der Fabrikat stellt, für die Thatsache, daß die kaiserliche Manufaktur eigentlich mit Verlust arbeitet, sprechen noch deutlicher als diese Zahlen die Ziffern über den Betrieb der Fabrik in den ersten 5 Monaten. Es waren nämlich nach einer am 30. September 1870 aufgenommenen Taxe in Straßburg und den beiden dazu gehörigen Magazinen Rohtabak, Halbfabrikat und Ganzfabrikat vorhanden 6,147,145 Kilo im Werth von 7,153,787 Frk. 49 C. Dazu kamen im Monat Oktober und November noch 100,215 Kilo, so daß im Ganzen vorhanden waren 6,247,360 Kilo. Von diesen Tabaken sind in den Monaten Oktober, November und Dezember 1870 und Januar und Februar 1871 618,41 Kilo zum alten Regie-Preise verkauft worden, und eine uns vorliegende Aufstellung berechnet bei einer Baar-Einnahme von 1,481,194 Fr. 66 Et. den Gewinn daran auf 686,709 Frk. 58 Et. Im Jahre 1871 wurden nun aber die Detailpreise herabgesetzt, und zwar für Schnupftabak in ungefährem Verhältnis von 100: 45, für Rauchtabak von 100: 65, wobei jedoch noch zu berücksichtigen ist, daß offiziell den Engroskäufern 5 pEt. Rabatt, und den Wiederverkäufern für Deutschland ein solcher Rabatt gewährt wird, daß sie bedeutend billiger als die Fabrik selbst detailiren können. Man kann also annehmen, daß die Verkaufspreise durchschnittlich um 45—50 pEt. herabgesetzt sind, da aber nach der oben mitgetheilten Ziffer selbst zu den Regie-Preisen der Gewinn nur 45—50 pEt. betrug, so erkennt man leicht, daß die Preisherabsetzung den Gewinn absorbiert, wenn sie ihn nicht sogar übersteigt, daß also von einer kaufmännisch richtigen Kalkulation nicht die Rede sein kann.

Unter solchen Verhältnissen scheint uns die Beantwortung der Frage, ob die Aufhebung der strassburger Manufaktur zu empfehlen sei, nicht zweifelhaft zu sein, und wir hoffen, daß die kaiserliche Regierung nicht anstehen wird, diesen Grund zum Misvergnügen für einen großen Theil der ländlichen Bevölkerung aus der Welt zu schaffen.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, den 1. April

— Die „Provinzial-Korrespondenz“ meldet: „Der Reichskanzler Fürst Bismarck liegt noch immer an seinem rheumatischen Leiden darnieder; die Zunahme der Kräfte schreitet sehr langsam vor. Umgeachtet seiner großen Schwäche hat der Fürst in den letzten Tagen einige ihm näher stehende Reichstags-Abgeordnete empfangen, um ihnen seine Sorge über den Gang der parlamentarischen Arbeiten

— Fürst Bismarck begeht heut seinen 60. Geburtstag. Was dieser Tag seither, und namentlich seit dem Jahre 1866 stets von Männern aller Parteien benutzt worden, dem Reichskanzler ihre Glückwünsche darzubringen, so war dies der „D.R.C.“ zufolge in noch viel höherem Maße am heutigen Tage der Fall. Hunderte von Briefen, Telegrammen u. s. w. waren im Laufe des Tages eingegangen, in welchen dem Reichskanzler in herzlichster Weise die Glückwünsche, wie auch die Wünsche auf baldige Genesung dargebracht wurden. Die „Prov.-Corr.“ beschäftigt sich anlässig des Geburtstages des Reichskanzlers an der Spitze ihres Blattes mit dem Fürsten Bismarck un-

seiner kürzlichen Aeußerung zu den Abgeordneten Dieße und Dr. Lueins. In diesem Artikel spricht sich dies Blatt u. A. folgendermaßen aus:

Die Theilnahme an dem Krankenlager des Fürsten Bismarck beruht aber nicht minder auf dem allseitig lebendigen Bewußtsein der fortlaufend entscheidenden Bedeutung der persönlichen Wirksamkeit desselben für die höchsten Aufgaben des Reiches. Wie die ursprüngliche Gestaltung und die allmäßige Fortentwicklung der Verfassung des norddeutschen Bundes und des deutschen Reiches fast ausschließlich aus dem schöpferischen Genie des Kanzlers hervorgingen, so ist sein Geist und Streben fort und fort leitend für das gesamte nationale Leben geblieben. Wie entschieden und wie freudig das deutsche Volk in allen patriotischen Kreisen dies anerkennt, davon haben die letzten Wahlen lautest Zeugnis gegeben. Statt aller eigentlichen Parteiprogramme galt fast überall das Bekennen zu der von dem Reichskanzler geleiteten Politik als das Erkennungszeichen nationalgesinnter Kandidaten. Das Vertrauen zu jener Politik und die offene Hingabe an die geistige Führung des Kanzlers bildete die Grundstimmung in den betreffenden Kreisen und die Voraussetzung der großen Mehrzahl der Wahlen. Jemehr hiernach der Reichskanzler hoffen durfte, auch in dem jetzigen Reichstage eine bereitwillige und kräftige Stütze für die Durchführung der klar vorliegenden Aufgaben der Reichspolitik zu finden, desto empfindlicher muß es ihn berühren, daß während seiner augenblicklichen nothgedrungenen Unthätigkeit parlamentarische Verwicklungen eintreten, welche die obersten Ziele seines politischen Strebens zu durchkreuzen drohen, — daß die nationale Mehrheit des Reichstages Angesichts der wichtigsten Fragen für die Gegenwart und Zukunft des Reichs einem bedenklichen Schwanken verfällt, und daß, gegenüber der festen Einigung und sicheren Leitung aller reichsfeindlichen Kräfte, die nationalen Parteien einer klar bewußten und thatkräftigen Führung zu entbehren scheinen. Wenn der Kanzler auf seinem Schmerzensstuhl von den Gefahren hört, welchen die weitere gediehbare Entwicklung der Reichspolitik durch den drohenden Zerfall der Mehrheit ausgegesetzt ist, und wenn er in solchem Augenblüte die Krankheit und Schwäche, die ihn hindert, das Gewicht seiner Überzeugung und seines schwer errungenen Ansehens in die Waagschale zu werfen, zehnfach schmerlich empfindet, — wer wollte es nicht natürlich finden, daß er jede sich ihm darbietende Gelegenheit benutzt, um sich in bewegten Worten mahnend und warnend an diejenigen zu wenden, bei denen er eine Übereinstimmung mit den Zielen seiner Politik und eine volle Bereitwilligkeit zur Unterstützung derselben voraussetzt oder nach den Umständen, unter welchen sie gewählt worden sind, vorauszusezen bekräftigt wäre. Fürst Bismarck hat durch die offenkundigen Stimmen bei den letzten Wahlen ein volles Anrecht erhalten, sich auf die Zustimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes zu berufen, und bei der Verantwortung, welche die deutsche Reichsverfassung ihm allein für den Gang der Politik zumeist, steht es ihm wohl an die Mitglieder der Reichsvertretung an jenen deutlich kundgebrachten Volkswillen Angesichts der jetzigen wichtigen Entscheidungen zu erinnern. Niemand vermag übrigens so wie er die unmittelbare Bedeutung und Wirkung dieser Entscheidungen in Bezug auf die allgemeine politische Lage zu beurtheilen, — und auch aus diesem Grunde mußte er wünschen, die schweren politischen Sorgen, welche seinen rastlos thätigen Geist inmitten seiner schmerzhaften Krankheit erfüllen, allen denen im Reichstage und im deutschen Volke ans Herz zu legen, welche mit ihm das weitere kräftige Gedeihen des Reiches erstreben. Die Mahnungen, welche der Fürst auf seinem Krankenbett ausgesprochen hat, gelten zunächst, wie die neulichen Worte Sr. Majestät des Kaisers, der bevorstehenden Entscheidung über die Militärfrage, und sie werden gewiß dazu beitragen, in dieser Beziehung die unerlässliche Verständigung zu sichern; aber sie berühren zugleich die Gesamthaltung der liberalen Parteien gegenüber den großen Aufgaben der Reichspolitik und damit die Aussichten und Hoffnungen in Bezug auf die ganze nationale Entwicklung. Mögen die Worte des Kanzlers alsbald volle Beherrschung finden und hierdurch neue Schwierigkeiten und Verwicklungen der Reichspolitik vermieden werden. Möge dem Fürsten selbst aber bald die volle Kraft und Frische wiedergegeben sein, damit er den Einfluß seiner staatsmännischen Einsicht und Erfahrung inmitten des deutschen Volks und seiner Vertreter wieder holen kann.

— In Ausführung des Gesetzes vom 6. Februar d. J. wurde gestern Mittag 1 Uhr die Vereinigung des hiesigen Ober-Appellationsgerichts mit dem Obertribunal in dem großen Sitzungssaale des letzteren durch den Justizminister Dr. Leonhardt vollzogen. Es hatten sich zu diesem Zwecke die Präsidenten und Mitglieder beider Gerichtshöfe, die Beamten der General-Staatsanwaltschaft und die Rechtsanwälte zu einer feierlichen Plenarsitzung versammelt. Der Justizminister wies in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung der Vereinigung hin und erklärte demnächst dieselbe für vollzogen. Der erste Präsident des Obertribunals, Staatsminister von Uden, dankte dem Justizminister für sein persönliches Erscheinen und bewillkommte zugleich den Präsidenten und die Mitglieder des Ober-Appellationsgerichts. Die kurze Feier schloss mit einem Hoch auf den Könige.

— Wir erwähnten gestern, daß die Herren Graf Moy und Dr. Cornelius eine Eingabe an den König von Bayern zu Gunsten der Einführung der obligatorischen Zivilehe durch Reichsgesetz gerichtet hätten. Wie aus München jetzt gemeldet wird, haben die genannten Herren diese Petition Namens des Ausschusses des bairischen Landesvereins zur Unterstützung der katholischen Reformbewegung

unterzeichnet. Aus den Motiven heben wir Folgendes hervor:  
Bei der gesetzlich bestehenden kirchlichen Form der Eheschließung vermögen sich die Altkatoliken nicht einmal in den regelmäßigen Fällen der Eheschließung vor demütigender Behandlung und Chikanen aller Art zu schützen. Noch schlimmer ergehe es denselben, wo es sich um eine Dispensation von irgend einem Chehinderlich handle. In solchen Fällen können Altkatoliken entweder gar nicht oder nur unter Verleugnung ihrer antiinfallibilistischen Gesinnung die Ehe schließen. Es wird in der Eingabe ferner auf den immerhin möglichen Fall hingewiesen, daß, wenn der geistliche Gerichtshof in Ehestreitigkeiten der Altkatoliken sich für unzuständig erklären sollte, für die Altkatoliken in Bayern überhaupt gar kein Gerichtshof in Ehesachen bestände. Jedenfalls würde, wenn der geistliche Gerichtshof sich auch als zuständig ansäße, der altkatholische Streitscheit nur geringes Vertrauen auf unbefangene Rechtspflege hegen dürfen. Darum haben sich die Altkatoliken schon längst nach einer Änderung der bestehenden Gesetzagebung in Ehesachen gefehnt, wobei jedoch nicht verhehlt werden darf, daß nur die Einführung des obligatorischen Zivilheirats im vollen Umfang die best

Mitständen gründlich und definitiv zu beseitigen vermöge. Die Bitte selbst lautet dahin, Sr. Majestät wolle es gefallen, daß bei Berathung dieses Gegenstandes im Bundesrath die gewichtige Stimme Baterns zu Gunsten der baldigen Einführung der vollen obligatorischen Zivilcche in die Wagschule gelegt werde.

**Aus dem Großherzogthum Hessen.** 29. März. [Eine reizende Gemeinde.] Die widerlichen Szenen, die sich unter den renitenten Müttern in Kurhessen abspielen, haben auch im Großherzogthum Hessen Nachahmung gefunden. Die gesamte lutherische Gemeinde Uenborn (Kreis Nidde) hat eben eine Ingabe an den Großherzog abgesandt, die mit der Erklärung schließt: „dass wir die durch das allerh. Edict vom 6. Januar 1. J. eingeführte neue Kirchenverfassung für die evangelische Landeskirche des Großherzogthums Hessen für uns und unsere Kinder nicht annehmen können, sondern auch ferner bei unserem Glauben verbleiben wollen. Und damit wir auch in Zukunft die zur Erhaltung des lutherischen Hirtenamtes von unseren Vorfahren gestifteten Mittel erhalten, so wollen wir schon jetzt, noch ehe die publizierte Verfassung Rechtskraft erlangt hat, nicht unterlassen, unser Eigentumsrecht an das Kirchenvermögen der evangelisch-lutherischen Gemeinde Uenborn gebührenden Maßen geltend zu machen und gegen jede Verwendung dieses unseres Kirchenvermögens im Sinne und zu Gunsten der Union feierlich Verwahrung einzulegen.“

**Nürnberg.** 29. März. Die beiden israelitischen Mädchen, deren Beklehrungsgeschichte vor einiger Zeit von uns berichtet wurde, sind jetzt nach Odessa zu ihrer Mutter zurückgekehrt, nachdem die ältere, welche bekanntlich in Neuendettelsau getauft worden war, bei dem hiesigen protestantischen Dekanate freiwillig und unter Assistenz hiesiger christlicher Einwohner ihren Wiederaustritt aus der christlichen Kirche erklärt hatte. Bemerkenswert ist die Thatsache, daß der hiesige Pfarrer Stöger, an den man sich zuerst gewandt hatte, die Entgegnahme der Erklärung verweigerte, weil das Mädchen noch minoren sei! Zum Taufen war sie bekanntlich nicht zu jung. Schließlich nahm De Kan Reuter die Erklärung, wenn auch unter Vorbehalt, entgegen.

**Strasburg.** 30. März. Die Frankfurts, welche den Fuhrmann Fritz aus Wintersburg bei Pfalzburg, ermordet hatten, wurden bekanntlich freigesprochen. Jetzt hat die französische Regierung den Hinterbliebenen des Ermordeten eine Entschädigung von 8000 Francs bewilligt. — Einer Korrespondenz aus dem Elsaß über Kaisers Geburtstag, worin bemerkt war, daß eine in Strasburg hoch oben auf einem Mast aufgesteckte französische Fahne bald nicht mehr zu finden gewesen, fügt die Redaktion des „Bairischen Vaterland“ die Worte hinzu: „Französische Fahnen und Pendulen sind nicht für preußische Augen.“ Aus bairischem Munde die freche Pendulenversion! Wer bairischer Soldat und Waffengefährte der Preußen war, der möge daraus das „Bairische Vaterland“ noch näher kennen lernen; ein Jeder wird in tieffter Seele sich beschämt fühlen. — Was aber die Fahnen anlangt, nun so war es nicht die erste französische Fahne, die genommen worden.

(N. A. 3.)

**Aus Bern** wird dem „Frankf. Journ.“ geschrieben:

Laut Artikel 90 der schweizerischen Bundes-Verfassung erstattet der Bundesrat alljährlich der Bundes-Versammlung Rechenschaft über seine Errichtungen, sowie Bericht über den Zustand der Eidgenossenschaft im Innern, sowohl als nach Außen. Diese Berichte des Bundesrates enthalten meist ein sehr reichhaltiges Material und geben dem Publikum einen Einblick in die ganze eidgenössische Verwaltung. Die Bundes-Versammlung läßt den Bericht jedesmal durch eine Commission genau prüfen, die dann ihren Befund der Versammlung mitteilt und ihre Anträge damit verbündet. Die Bundes-Versammlung erhält dann dem Bundesrat diejenigen Weisungen, welche zur Verbesserung der Verwaltung und Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt als nothwendig erscheinen. Der Bundesrat hat nun bereits mit der Veröffentlichung seines Rechenschafts-Berichtes für 1873 begonnen. Es liegt gegenwärtig die Abtheilung „Post- und Telegraphen-Departement“ vor. Daraus ergiebt sich, daß die Zahl von Angestellten weiblichen Geschlechts bei der Post immer mehr zunimmt. Im Berichts-Jahre waren unter 569 Bewerber um Post-Lehrlings-Stellen 85 Frauen-Personen. Aus dem Berichte entnehmen wir ferner, daß für die Bezeichnung des von der Regierung des deutschen Reiches in Anregung gebrachten allgemeinen Post-Kongresses sämtliche europäische Staaten, so wie die Vereinigten Staaten von Amerika und Aegypten nach Bern eingeladen waren, als äußere Gründe die Verschiebung des Kongresses nothwendig machten; daß einzige Frankreich abgelehnt hat, auf einem derartigen Kongresse sich vertreten zu lassen; daß der Zusammentriff nunmehr auf den 15. September 1. J. in Aussicht genommen ist, und daß es sich im Wesentlichen um folgende Neuerungen handelt: 1) Bildung eines allgemeinen Post-Vereins unter den Kontrahirenden Staaten; 2) Festsetzung von Grenzen für die Briefpost-Tarife, innerhalb welcher es jedem Kontrahenten freistehen würde, die Tarife beliebig zu normiren; 3) Aufstellung des Grundsatzes, daß jede Verwaltung das Porto und die Gebühren, welche in ihrem Gebiete erhoben werden, ungetheilt beziehen soll; 4) Annahme des Prinzips der Transit-Freiheit für geschlossene Brief-Packete und für einzelne Briefpost-Gegenstände. Der Bundesrat bemerkt, daß er im Sinne der Ansicht der Bundes-Versammlung und der öffentlichen Meinung zu handeln sich verpflichtet halte, wenn er auf dem Kongreß im Sinne möglichster Erleichterung und Vereinfachung des Verkehrs auftrete. Die Post-Verwaltung bemühte sich auch ferner, den Verkehr mit Korrespondenz-Karten zu ermäßiger Tarife auf das Ausland soweit als möglich auszudehnen. Gegenwärtig sind Unterhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika so weit gediehen, daß voraussichtlich in nächster Zeit Korrespondenz-Karten von der Schweiz nach den Vereinigten Staaten zu 10 Centimes (2 Zents) zur Verbindung gelangen können.“

**Paris.** 31. März. Der ständige Ausschluß der Nationale-Versammlung hielt heute um 1 Uhr seine erste Sitzung, um die Tage für seine Zusammentkünfte festzusetzen; die nächste Versammlung soll am 9. April stattfinden. Der Präsident sprach hinzu, daß er den Ausschluß zusammenberufen werde, wenn irgend ein Mitglied desselben wegen eines die öffentliche Meinung beunruhigenden Ereignisses es verlangen werde. Auf die Frage Ducuing's, wie die Mitglieder des Ausschusses die Minister benachrichtigen könnten, wenn sie eine Mitteilung zu machen hätten, erwiederte der Präsident, daß der Vorstand sich damit befassen werde. — Thiers geht es bedeutend besser und er empfängt wieder seine Freunde. Der greise Staatsmann ist tief betrübt durch den Ausgang der Debatte über die Forts von Paris. Sehr ironisch sprach sich Thiers über die Rechte aus, die nicht wolle, daß Paris die Hauptstadt sei, es aber zum Hauptwiderstandspunkt zu machen die Absicht habe. Eine Vertheidigung von Paris, wie man sie beabsichtige, ist Thiers zufolge übrigens ganz nutzlos, da, wie er bestimmt wissen will, die Deutschen nicht ein zweites Mal Paris zu belagern die Absicht haben. „Wir sind so sehr“ — meinte Thiers — „an die Guillotine gewohnt, daß wir nicht begreifen können, daß der Schaftrichter auch die Adern öffnen kann, um den Tod zu geben. Die Deutschen werden den Widerstand Frankreichs nicht mehr dadurch niederschlagen, daß sie sich Paris, das dessen Kopf oder Herz ist, bemächtigen, sondern sie werden denselben brechen, indem sie die Departements niederschlagen und dem Herzen das Blut abschneiden.“ Für die französischen Finanzen hält Thiers die militärischen Pläne für unheilvoll. Die Summen, die man dazu gebraucht, überstiegen schon jetzt die Gelder, welche man zur Verfügung habe, und da die Ausgaben bedeutend höher sein würden, als

sie in den Voranschlägen angegeben seien, so werde man genötigt sein, neue Anleihen zu machen, was viele vielleicht auch wünschten, weil dabei Geld zu verdienen sei. — Die Pilgerfahrten sollen in diesem Jahre mit einem Eifer organisiert werden, gegen den der des vergangenen Jahres noch gering erscheint. Am 21. April wird eine theologische Pilgerfahrt nach Laval zum Jubiläum des heiligen Thomas von Aquin unter der Leitung des Erzbischofs von Toulouse angekündigt; sie ist speziell für Theologen bestimmt: Universitätslehrer, Seminar-Deputationen, Ordensmänner u. c. aus allen Ländern sollen sich am Grabe des heiligen Thomas versammeln. Der Plan ist, das Zusammenwirken des Ultramontanismus in der ganzen Welt zu fördern. Ferner wird ein neuer Buzjverein über ganz Frankreich ausgebreitet: beliebig viele fromme Personen vereinigen sich dahin, ein Buzjahr zu feiern, welches von Churfreitag 1874 bis zu demselben Tage 1875 dauert; sie sammeln Anhänger, fertigen Listen derselben an und schicken diese Listen an das Carmeliterkloster von Beaune (Côte d'or), welches der Zentralpunkt des Unternehmens ist. Auch dieses Projekt ist trefflich geeignet, die fanatische Heerde zu zentralisieren, und liefert Listen, welche als statistisches Material dienen können. — Die Wahlen sind nach Erwartung ausgefallen. Die Konservativen sind besonders erzürnt darüber, daß der General Verbrand in der Grönne doppelt so viele Stimmen erhalten hat wie ihr Kandidat Larrieu. Der letztere hat nicht 15 p.C. der abgegebenen Stimmen bekommen; es zeigt dies recht, wie wenig die Royalisten als Partei im Lande gegen die Republikaner und Bonapartisten in Betracht kommen.

Die hiesigen Oppositionsblätter machen lärm darüber, daß doch das Broglie'sche Sennatsprojekt nichts weiter sei als eine neue Stütze für den Minister, der mehr und mehr den Boden unter seinen Füßen schwunden fühlt; mit den neuen Plänen hofft er einfach Stimmen zu fischen und Anhänger für seine Person zu werben. Dies Urtheil, wenn auch noch einseitig, kennzeichnet die Lage. Es ist weniger Hass gegen Broglie's Person und Politik, als ein tief eingedrungener Widerwille, um nicht zu sagen Ekel gegen die Art und Weise, in der er das Kleine wie das Große betreibt; hold ist ihm Niemand, selbst Beuillot nicht, dem er doch so viel zu Willen thut, als wäre er der fanatischste Ultramontane, während sein Denken und Reden doch wiederum einen gewissen doktrinären Zuschnitt hat, der den Beuillotistin ein Grübel ist. Die neuen Erfatzwahlen lehren, was das Land von der Regierung hält, und dieses Zeugnis ist kein exballiches. Die „Corr. Havas“ spricht die Befürchtung aus: „Die monarchistische Partei könnte durch diesen neuen Sieg der Republikaner zu einem entschiedenen Schritte in Frohsdorf noch mehr angezogen werden.“ Einstweilen fährt die „Union“ fort, von den frommen Kundgebungen zu berichten, welche am Tage Mariä-Verkündigung in ganz Frankreich zu Gunsten der legitimistischen Sache stattfanden. Die Verquidung der kirchlichen Demonstrationen mit der politischen Agitation gehört zu den widerlichsten Charakterzügen der jetzigen Zustände in Frankreich.

**Madrid.** 31. März. Die Pulver-Explosion in den republikanischen Kolonnen bei Somorrostro hätte, nach neuesten Berichten, für die ganze Armee verhängnisvoll werden können. In Folge leichtsinnigen Rauchens fing das Pulver eines Munitionswagens Feuer; unter furchtbarem Schlag sprang dieser in die Luft. 76 Soldaten wurden getötet und verwundet, die auf das Dach der benachbarten Kirche geschleuderte brennende Decke des Munitionswagens körnigte das Feuer dem Dache der Kirche mit, in welcher sich große Massen von Pulver und Munition aufgespeichert fanden. Zum Glück gelang es dem Fähnrich der Jäger von Barbastro, Don José Marhuenda y Ferrer, schnell auf das Dach der Kirche zu steigen und das Feuer zu löschen, ehe es weiter um sich greifen konnte. Wenige Augenblicke später hätte eine furchtbare Explosion unabsehbare Verwirrung angerichtet. Der Verlust der ganzen Munitions-Reserve hätte wahrscheinlich den Rückzug der ganzen Armee nothwendig gemacht.

**Rom.** 31. März. Die „Liberta“ meint zu der bekannten Rede des Papstes:

„Sie ist insofern sehr bemerkenswert, weil der Papst, den die Anhänger der klerikal-Demonstration jedenfalls reizen wollten, bittere Bemerkungen gegen den König, dessen Jubiläum an dem Tage gefeiert wurde, loszulassen, nicht darauf eingegangen ist und wohl über die Verfolgungen der Kirche im Allgemeinen und Besonderen, selbst in dem fernen Brasilien sagt, Italien aber ganz unverwähnt läßt. Dieser Alt der Delikatesse des Papstes kann nicht hoch genug angeklagen werden und wenn wir nicht fürchten, daß unsere Worte falsch ausgelegt werden könnten, so würden wir die ersten sein, ihn deshalb zu rütteln.“

Es ist indessen zu bemerken, daß die päpstliche Rede vor ihrer Veröffentlichung durch die klerikalen Blätter die Zensur passirt hat. Es ist ja eine alte Thatsache, daß nicht Alles so gedruckt werden kann, wie es aus dem Gehege der Zähne hervorgekommen ist.

**London.** 31. März. England hat selten einem Altus der Regierung mehr Sympathie gewidmet, als demjenigen der doppelten Anerkennung, welche man am 30. v. M. im Westminster und in Windsor dem kleinen Corps, das unter General Wolseley den Aschantikrieg durchfochten hat, zu Theil werden läßt. Wie bekannt, wurde die Anmeldung eines Dankbeschlusses in beiden Häusern des englischen Parlaments mit lautem Beifall begrüßt und die „Führer“ in beiden Häusern, der Herzog von Richmond und Disraeli, hatten sich gestern der ehrenvollen Pflicht der Beantragung entledigt. Dem General Wolseley ist neben einer Dotierung der Baronets-titel und das Kommandeurkreuz des Bathordens, das Victoria-Kreuz vor allen dem braven Kommandeur der Vorposten, Lord Gifford, der verwundet zuerst in die Stadt Kumassi einzog, und dem Kapitän Kidstone verliehen worden. Die beteiligten Regimenter sollen Erlaubnis zur Aufschrift des Wortes „Ashantee“ auf ihre Fahnen erhalten. Die Parade der heimgekehrten Truppen vor der Königin fand am Mittag des 30. v. M. im Windsor-Park statt. Die gesamte königliche Familie hatte sich mit großem Gefolge dort eingefunden.

### Parlamentarische Nachrichten.

\* Das neueste Verzeichniß der beim Reichstage eingegangenen Petitionen enthält wiederum eine größere Anzahl von Petitionen, welche sich auf den Gesetzeswurf, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung beziehen. In denselben wird von den verschiedensten Seiten die strengere Anwendung der im § 153 der Gewerbeordnung enthaltenen Strafbestimmungen, Bestrafung des Kontraktbruchs und Einführung sog. Arbeitsbücher beantragt; nur der Ortsverbandsausschuß der deutschen Gewerbevereine zu Thorn erklärt sich für die Verwerfung der kriminell-rechtlichen Bestrafung des Kontraktbruchs, gegen die Gewerbegefechte und für Einführung der Schiedsgerichte resp. Einigungsämter. — Ferner wird in 23 Petitionen zum Preßgesetzwurf der Beitritt zu der Petition des Vereins zu

Schutz und Trutz gegen die Entchristlichung und Entstiftlichung unseres Volkes erklärt; ebenso enthalten eine Anzahl Petitionen Beiträge erklärende zu der Petition der Deutschen Schutzgesellschaft der Sonntags- und Arbeiterfreunde um Verhinderung der Schutzgesetze gegen Sonntagsarbeit und um Beschränkung des Eisenbahnverkehrs an Sonn- und Festtagen. Von den übrigen Petitionen sind mir drei hervorzuheben, in welchen beim Reichstage die Ordnung des Volksschulwesens im deutschen Reiche befürwortet und eine Petition aus Wiesbaden, in welcher die Umwandlung der Preußischen Bank in eine Deutsche Reichsbank beantragt wird.

**DRC.** Daß der Abg. Richter (Hagen) zu den thätigsten Mitgliedern des Reichstages gehört, wird gewiß Niemand bestreiten. Auch als Mitglied der Militär-Kommission hat er eine lebhafte Thätigkeit entwickelt und setzt diese auch gegenwärtig noch während der Ferien fort. So ist gegenwärtig wiederum eine Drucksache zur Vertheilung gelangt und wird den Abgeordneten in die Heimat nachgesendet werden, welche den Namen führt: Bemerkungen zu der Berechnung der durchschnittlichen Dienstzeit, welche sich für die Infanterie aus verschiedenen Durchschnitten-Effektivitäten ergeben würden.“ In diesen Bemerkungen sucht nun hr. Richter nachzuweisen, daß die von der Regierung oben genannte aufgestellte Berechnung unbedingt Verminderungen in der Präsenzstärke zulasse. Wenn man z. B. die so genannte Rekrutendaten, entsprechend den früher aus Esparniérüschen angeordneten Maßregeln bei Einstellung der Rekruten der Artillerie, Kavallerie und Pionieren verlängere, so ergebe sich daraus nach Herrn Richters Berechnung ein Ersparen an dem jährlichen Präsenzstand von 515 Mann. Ferner will hr. Richter durch Winter-Manquements 918 Mann und durch Anrechnung der Einfährig-Freiwilligen auf den Stand, wie es seit 1869 geschehen, rund 1000 Mann, mithin circa 7000 Mann durch Einführung dieser Maßregeln ersparen. Ferner bringt Herr Richter die zufälligen Manquements beim Unteroffizier- und Lazareth-gehülfen-Korps und den Regiments-Stäben in Abzug und rechnet per Bataillon 12 bis 16 Köpfe als bei der Berechnung zuviel in Ansatz gebracht heraus. Weiter weiß Herr Richter aus der Zahl der mit ausgebildeten Mannschaft, der während der Dienstzeit Verstorbenen der als Dienstuntauglich und aus anderen Gründen Entlassenen einen Überschuss heranzurechnen und behauptet schließlich, daß die Berechnung von unrichtigen Voraussetzungen ausgeht, wenn sie das Prinzip aussetzt, daß man bei einer Durchschnitts-Effektivstärke von 350,000 Mann bereits auf einer nahezu zwei Jahre verkürzten Dienstzeit ankomme. Bro 1874 stellt sich die Stärke des Reichsheeres effektiv eher unter als über 350,000 Mann; trotzdem werde doch wohl Niemand behaupten, daß gegenwärtig die zweijährige Dienstzeit tatsächlich besteht. Gegen diese Bemerkungen des Abg. Richter hat nun die Reichsregierung ihre Gegenbemerkungen erhoben, welche dahin und zwar gestützt auf beigefügte statistische Angaben konkludiren, daß die Militär-Verwaltung ihre in der betreffenden Nachweisung behauptete aktive Dienstzeit bei der Infanterie im vollen Umfang aufrecht erhalten müsse, und den Berechnungen des Abg. Richter keine Gültigkeit zugeschrieben werden könne. In Bezug auf den letzten Vorwurf des Abg. Richter sagen diese Bemerkungen: Wenn die Effektivstärke des deutschen Heeres von 1873 nur circa 357,000 Mann betrug, so ergiebt sich hieraus und aus der seitens des Kriegs-Ministeriums mitgetheilten Berechnung der durchschnittlichen Durchschnitts-Effektiv-Stärke“ doch noch keineswegs, daß die Dienstzeit bei der Infanterie im Jahre 1873 resp. 1874, auf nahezu 2 Jahre verkürzt worden sei. Es ist hierbei übereinstimmt, daß die in den Jahren 1872 bis 1874 stattgehabte Verringerung der Effektivstärke mit einer nämlichen Ziffer auf die Spezialwaffen entfällt. Die augenblickliche Dienstzeit bei der Infanterie beträgt aber in der That, wie mit Sicherheit behauptet werden kann, im Durchschnitt nicht mehr, als 2 Jahre und 2 bis 3 Monat.

### Lokales und Provinzielles

**Posen.** 2. April.

r. Der Kontrakt zwischen der Commune Posen und dem Theater-Direktor Schröder hat mit dem 1. April d. J. sein Ende erreicht. Zwischen der Stadt und der poln. Theaterdirektion, welche bisher gleichfalls an bestimmten Tagen das Stadttheater benutzte, war bisher kein Kontrakt abgeschlossen, es blieb vielmehr Herr Schröder und der polnischen Theaterdirektion ganz überlassen, welche Vereinbarung sie unter einander treffen wollten. Da man nun von poln. Seite das Stadttheater noch bis zum 15. Mai d. J. zu benutzen wünscht, so ist zwischen dem Magistrat und der polnischen Theaterdirektion ein Abkommen getroffen, nach welchem diese unter den bisherigen Bedingungen das Stadttheater benutzen kann, d. h. hat für jede Vorstellung 6 Thaler an die Stadt zu zahlen.

r. Der Appellationsgerichtshof Friedrich Damaskus feierte am Mittwoch sein 50jähriges Jubiläum. Von allen Seiten wurden dem würdigen Jubilar Glückwünsche und Ehrengeschenke zu Theile: seitens der Boten des Appellationsgerichts ein silberner Kelch, seitens der Bureaubeamten eine silberne Rose und andere Geschenke, während die Rechtsanwälte beim Appellationsgericht und die hohen Borgefesten ihn durch Ehrengaben freuten.

r. Im Handwerkerverein hielt am Montage der Prediger Schiffmann einen Vortrag über die Einwirkung der Päpste auf die Kreuzzüge und die Erfolge der Kreuzzüge für das Papstthum. Der Vortragende führte an der Geschichte der Kreuzzüge auf, wie die Päpste zwei Jahrhunderte hindurch stets die selben Mittel der Fanatisirung angewandt hätten, um die Kreuzzüge befußt Erweiterung ihrer Machtpräbäre hin ins Werk zu setzen. Die Kreuzzüge haben enorme Mittel in Anspruch genommen, und 6 Millionen Menschenleben verschlungen, ohne für die Kulturdarstellung Europas sehr Erhebliches zu leisten. Auch das Streben der Päpste, ihre Macht über das östliche Europa und den Orient auszudehnen, ist trotz aller Opfer an Gut und Blut, zu denen sie das Abendland in berechnender Weise anzurechnen verstanden, durch die Kreuzzüge nicht erreicht worden. Dagegen wurde ihre Macht nach innen gestärkt vor allem durch die geistlichen Orden, welche aus Veranlassung der Kreuzzüge entstanden, insbesondere durch den Dominikanerorden, welcher eine außerordentliche Thätigkeit bei den Inquisitionsgerichten entfaltete, sowie durch den Cistercienserorden, welcher zu den Kreuzzügen gegen die Albigenier anfeuerte. Die im Fragekasten vorhandenen Fragen wurden durch die Herren Professor Fähle, C. Rößel, Dr. Wagner und Deichmüller beantwortet.

r. Die polytechnische Gesellschaft feiert in diesem Jahre ihr Stiftungsfest am 11. April.

△ Grätz, 31. März. [Abschiedsfeier. Höhere Töchter-Schule. Schulbeiträge.] Am 28. v. M. wurde in Kutzner's Hotel ein Abschiedsfeier für den mit dem 1. April d. J. von hier nach Gnesen verlegten Königl. Dekonomie-Kommissarius Brückmann, der auch seit dem 1. Januar 1868 das Amt eines städtischen Beigeordneten zu verwalten hatte, gefeiert. — Die im v. J. hier ins Leben gerufenen höhere Töchter-Schule, deren Vorsteherin Fräulein Wanda von Chmielowska war, und die mit dem 1. April c. nach Schrimm überfiebert, um dort eine ähnliche Stellung zu übernehmen — ist nunmehr wieder eingegangen. — Da nach Aufhebung der Mahl- und Schlachtfeste der Schulunterhaltungskosten für die hiesigen Konfessionsschulen nicht mehr durch Zuschläge zu dieser Steuer beschafft werden können, so wird ein anderer Maßstab für die Aufbringung der hiesigen Schulbeiträge eingeführt werden müssen. Diese Angelegenheit steht der bisherigen Bürgerlichkeit, deren Ansicht dahin geht, die 3 Konfessionsschulen in eine Simultanschule umzuwandeln.

— e. Kosten, 1. April. [Dr. Falkenheim.] Mit dem 1. April übernimmt der bisherige jüdische Prediger und Lehrer Herr Dr. Falkenheim die Inspektorstelle des Israelitischen Waisenhauses zu Posen nachdem derselbe hierorts circa 14 Jahre überaus segensreich als Seelsorger wie als Pädagoge thätig gewesen war. Sein Fortgang von hier wird wohl allgemein betrachtet werden, da er zu denselben Predigern zu zählen ist, welchen Intoleranz fern liegt. Unter der

tung des Hrn. Dr. F. hat denn auch die hiesige Gemeinde mit Erfolg die Bahn des Fortschritts betreten und haben seine Verdienste am vergangenen Sonnabende nach dem Abschiedsgottesdienste auch thatliche Anerkennung gefunden insfern, als ihm vom Synagogengesetz-Borstande im Namen der Gemeinde ein prächtiger, mit einer höchst sumreichen Inschrift versehener Tafelaufzettel überreicht wurde und des Abends ein von seinen speziellen Freunden veranstaltetes Abschiedsmahl stattfand.

② **Rawitsch**, 31. März. [Pfarrerwahl.] Von der Real-schule. Bei der gestern erfolgten Pfarrerwahl der ev. Kirchengemeinde erhielt der bisherige Pfarrverweser Jähner 935 Stimmen gegen den Pastor Fischer auf Kamitz in der Tuchler Heide, für den 48 Stimmen abgegeben wurden. Pfarrer Jähner ist somit zum pastor hier ev. Kirchengemeinde gewählt. Das Programm der hiesigen Real-schule (1. Ordnung) enthält eine Abhandlung: die fatiminarische Verschwörung nach Sallust von Oberlehrer Scholze und Schulnachrichten von Direktor Dr. Steinbart. Gestern entnehmen wir, daß die Gesamtfrequenz 435 betrug und zwar 348 in der Real-schule und 87 in der Vorschule; einheimische 269, auswärtige 166, ev. 292, kathol. 33 und jüdische 110. Die Anstalt hat 2 neue Stiftungen erhalten. Kaufmann E. Stilmann hierorts hat 6 Freistellen gegründet, von denen drei durch jüdische Schüler und drei durch christliche Schüler bestellt werden sollen. Ferner ist durch einen Aufruf, erfolgt von dem Landrat Schopis, Kommerzienrat Pollack und dem Real-schuldirektor Dr. Steinbart ein Freistellen-Fonds für die Vorschule geschaffen worden. Aus demselben wird 8 Schülern der Vorschule halbe Freischule gewährt.

+ **Aus dem Kreise Samter**, 1. April. [Zur Ausführung der Kirchengesetze.] Am 25. März verstarb zu Duschnik der katholische Propst Szczigielski. Da die Kirche und Pfarre königlichen Patronats ist, so übernahm der dortige Distrikts-Kommissarius in Folge einer schon früher ergangenen Anweisung des Herrn Ober-Präsidenten die einstweilige Verwaltung des Kirchen- und Pfarrvermögens und setzte hieron den betreffenden Dekan Hebanowski in Neustadt bei Binn in Kenntniß. Interessant ist eine Erwiderung des Letzteren hierauf, worin der Herr Dekan erklärt, den Distrikts-Kommissarius als Patronatsverweser nicht anzuerkennen, weil das Patronat über die Kirche und Pfarre in Duschnik ein derart getheiltes wäre, daß die Ehren und Rechte dem jedesmaligen Erzbischof von Posen und Gnesen zuständen, der Staat aber nur die Patronatslasten zu tragen hätte. Daß sich die Behörden an diesen Protest nicht lehnen werden, ist wohl selbstverständlich.

**Bromberg**, 1. April. [Konferenz der Ostbahndirektion.] Gestern fand hier selbst eine Konferenz von Direktionsmitgliedern der königlichen Ostbahn und dem Oberpostdirektor aus Danzig statt. Wie verlautet, betraf diese Besprechung die Abänderung der Bahnzüge vom 1. Mai c. ab.

□ **Trzemeszno**, 31. März. Über das hiesige Kgl. Simultan-Progymnasium entnehmen wir dem 8. Jahresbericht Folgendes: Das Schuljahr wurde am 30. d. M. mit einer öffentlichen Prüfung geschlossen. An der Anstalt unterrichten außer dem Rektor Dr. Sarg 8 Lehrer, mit Einschluß des ev. Religionslehrers. Die Stelle eines katholischen Religionslehrers (für Quinta bis Sekunda), welche der Bfcr Niedbalzki zu Ostern v. I. auf Weisung seiner vorgesetzten kirchlichen Behörde aufzugeben mußte, ist bis jetzt unbefestiglich. Die Schüler der Sexta und Septima genießen in deutscher Sprache den Religionsunterricht des Hrn. Buzalek, welcher Lehrer an der Anstalt ist. Der erste ordentliche Lehrer Herr Spribille hat zu Ostern 1873 eine Kreischulinspektorstelle übernommen und wurde von Ostern bis Michaelis durch Herrn Labujewski aus Schneidemühl, von da ab bis jetzt aber von Herrn Dr. Otto aus Schrimm vertreten. Am 1. Januar 1873 wurde an der Anstalt der Normalat eingeführt. Im Verlaufe des Schuljahrs haben 180 Schüler das Progymnasium incl. Vorschule besucht, darunter 54 neuaufgenommene. Davon gingen aber ab 37 und starben 3 (2 davon an der Cholera); es bleibt demnach ein Bestand von 140 Schülern. Von diesen sind 54 aus dem Orte, 86 von auswärts, darunter 8 Ausländer (aus Polen); 55 gehören der deutschen, 85 der polnischen Nationalität an. Ein ganz bedeutender Abgang fand statt zu Michaelis in Folge der Erhöhung des Schulgeldes von 16 auf 24 Thlr. Dem Programm ist eine mathematische Abhandlung über "die Verwandte einer Evolute" von dem ord. Lehrer Bischiedrich beigefügt. Das neue Schuljahr beginnt am Dienstag, den 14. April. Am Tage vorher findet die Aufnahme neuer Schüler statt.

### Staats- und Volkswirthschaft.

\*\* **Berlin**, 1. April. Morgen findet in Angelegenheit der Eisenbahn-Gesellschaft F. Pleßner u. Co. abermals eine Konferenz der beteiligten Firmen statt, bei welcher die definitive Unterbringung der Del s - Gneiner Stam m - Priorität - Altien den Hauptgegenstand der Verhandlungen bilden wird. Nachdem nämlich die Rechte Oder - Ufer - Bahn sich bereit erklärt hat, die eben genannten Stamm-Prioritäten mit 4 Prozent zu garantiren und nach dem Handels-Minister seine Geneigtheit befunden hat, einem derartigen Arrangement seine Zustimmung zu geben, will das Konsortium, welches i. Z. der Pleßner'schen Gesellschaft 1,500,000 Thlr. vorgeladen hat, die Stamm-Prioritäten mit circa 70 Proz. übernehmen, wobei es sich auf die Hoffnung stützt, daß die Seehandlung dieselben mit pp. 60 Proz. beleben würde. Feste Verabredungen sind im Uebrigen in dieser Beziehung noch nicht getroffen, sollen vielmehr morgen erst aus den angekündigten Berathungen hervorgehen. (B.-B.)

# **Berlin**, 31. März. [Wollbericht.] Während der abgelaufenen Monat sich durch steigende Festigkeit und Absatz auf allen kolonialwollmärkten London, Antwerpen und Havre auszeichnete, haben wir von hier über den Detailcharakter des Geschäfts und weisende Preise für deutsche Rückenwäschchen zu berichten. Die Umsätze in Kammwollen verdienten kaum der Erwähnung, da sie nur ein paar kleine Geschäfte umfassen; in Stoffwollen fahren inländische Fabrikanten fort, sich wie bisher aus der Hand in den Mund zu verjagen und auf die Preise jeden nur möglichen Druck auszuüben. Die Beschaffenheit der Wollen und die Entschlossenheit der Eigner, sich bei der Annäherung der neuen Schur zu deborsifiren, unterstützt sie wesentlich und so haben wir gegen Februar abermals einen Rückgang von 1 bis 2 Thlr. zu konstatieren, während für stark fehlerhafte Wollen ganz unregelmäßige Preise bestehen. Mit Ausnahme eines kleinen Geschäfts in seinen Ostpreußen fanden Umsätze in Tuchwollen gar nicht statt. — Größere Lebhaftigkeit zu den stark gewichenen Preisen war im Umsatz von Loden und Gerberwollen. Wir notiren Preise am Schlus des Artikels. Gewachsene deutsche Wollen hatten durchaus regelmäßigen Absatz bei bestehenden Preisen. Es stellt sich für diese Wollen täglich mehr Frage ein, daß Vertrauen dazu nächst und es ist zu hoffen, daß alle die jetzt kaum verkäuflichen elenden Rückenwäschchen, die das ganze Geschäft in deutschen Wollen immer mehr derapieren, in der Folge gewaschen in den Handel kommen. Das Gefücht in diesen Wollen hat seit einigen Monaten einen solchen Aufschwung genommen, daß die meisten Wäschereien und Läger von ihren Vorräthen entblößt sind, und es liegen uns Urtheile intelligenter importanter Stofffabrikanten vor, die sich durchaus befriedigt äußern. — Wir sind der Ansicht, daß die Fabrikwäsche der einzige Modus ist, das richtige Verhältniß zwischen deutschen Stoffwollen und Kolonialwollen zu ermitteln und so die deutschen Wollen vor der wachsenden Dernote zu retten. Buenos-Ayres- und Kapwollen sind hier überwiegend gewaschen im Handel und geben der Fabrikation einen sicheren Anhalt für ihre Rakkulation, während die konkurrenden deutschen Stoffwollen in ihrer heutigen Kondition diesen Anhalt fast nie gewähren, fast immer aber Täuschungen schaffen und so immer mehr und mehr, wie sie das Ausland längst verschreckt haben, auf die

inländischen Stofffabrikanten, noch die letzten Abnehmer dieser Wolle abschrecken werden. Im Interesse unseres deutschen Wollhandels glauben wir daher unsere Freunde in den Provinzen immer und immer wieder auf diesen Modus hinzuweisen zu sollen, soweit es sich um Stoffwollen handelt. Es ist fast in jeder Provinz eine gute Wäscherei vorhanden. — Das Ende vom Biele ist die Fabrikwäsche jedenfalls; denn ebenso wie sich die größeren Händler längst von dem unfruchtbaren Kontraktgeschäft zurückgezogen haben, werden die Kommissionshäuser sich für die Folge von der Bedrohung solch schwer veräußlicher Wollen zurückziehen. Die Verhältnisse werden also zwangsläufig auftreten. — In Kapwollen war das Geschäft wegen knapper Vorräthe beschränkt. — Schließlich notiren wir folgende Preise:

### Preise:

**Kammwollen:** Mecklenburger sehr wenig Umsatz, nur 2 A. a 64 bis 65 Thlr.; A. ganz vernässtigt, ebenso Pommern. Hinterpommern wenig Auswahl, 64 bis 65 Thlr.

**Tuchwollen:** es ist nur ein einziger Umsatz bekannt geworden. Feine Ostpreußen Anfangs der 70 Thaler.

**Stoffwollen:** 60 bis 65 Thlr. je nach Beschaffenheit.

**Loden:** Ostpreußen 50 bis 52 Thlr.; Westpreußen 49 bis 50 Thlr.; Hinterpommern, Mark 49 bis 50 Thlr.; Mecklenburger und Pommern 43—44 und 45 Thlr.

### Gewaschene deutsche Wollen:

**Ostpreußen:** 28 bis 35 Sgr.

**Westpreußen:** 27 bis 29 Sgr.

**Pommern:** 27 bis 29 Sgr.

### Kap-Wollen:

**Extra superior snow white** 27 bis 28 Sgr.

**superior** 25 bis 26½ Sgr.

**scoured** 23 bis 24 Sgr.

**Western fleeces** 19½ bis 20 Sgr.

\*\* **Breslau**, 1. April. In einer gestern stattgehabten Sitzung des Aufsichtsraths der Breslauer Diskontobank Friedenthal u. C. ist beschlossen worden, der Generalsversammlung vorzuschlagen, von dem circa 10 Proz. des Aktienkapitals betragenden Brutgewinn eine Dividende von 2 Proz. zur Vertheilung zu bringen.

\*\* **Außer Cours gesetztes Papiergele**. Anhalt-Bernburger Kassenscheine a Thaler 1, 5 und 25 von 1850, 1852 und 1856, sowie a Thaler 1 von 1859. — Anhalt-Cöthen'sche Kassenscheine a Thaler 1 und 5 vom 1. Juli 1848. — Anhalt-Cöthen-Bernburger Kassenscheine a Thaler 1 und 5 vom 2. März 1848. — Anhalt-Cöthen-Bernburger Eisenbahnscheine a Thaler 1, 5 und 25. — Anhalt-Dessauer Kassenscheine a Thaler 1 und 5 vom 1. August 1849 und a Thaler 10 vom 1. Oktober 1855. — Anhalt-Dessauer Landesbanknoten a Thaler 1 und 5 vom 2. Januar 1847. — Braunschweiger (Lauftaler landständische) Banknoten a 5 Thaler von 1850 und a 10 Thaler von 1861. — Bairische Hypotheken- und Wechselbanknoten a Gulden 10 vom 1. Mai 1841 und 1. Juni 1850. — Braunschweigische Bank- und Darlehens-Bankscheine a 1, 5 und 20 Thaler von 1842. — Braunschweigische Banknoten a 10 Thaler Gold vom 1. Juni 1856. — Breslauer städtische Banknoten a 1, 5, 25 und 50 vom 10. Juni 1848. — Dänische Reichsbankthalerzettel älterer Emission von 1835 und auf einer Seite blau gedruckt. — Gothaer Kassenscheine a 1 und 5 Thaler vom 30. September 1848. — Leipziger Banknoten, alle vor dem 2. November 1851 erschiene. — Österreichische Banknoten, auf Konventionalmünzen lautend. — Politische Bankscheine, grüne a 1 Rubel, weiße und rothe a 3 Silber-Rubel. — Potsdamer Provinzialbanknoten vom 1. Dezember 1857, seit 31. Dezember 1870. — Potsdamer Stadtscheine a 1 Thaler vom 8. September 1849. — Neuz. ältere Linie Kassenanweisungen a 1 Thaler vom 15. Mai 1858. — Rostocker Banknoten vom 1. Juli 1850. — Sachsen-Weimar-Kassenanweisungen a 1 und 5 Thaler von 1847. — Schleswig-Holsteinische Kassenscheine a 1 Thaler (2½ M.) vom 31. Juli 1848. — Schwarzburg-Rudolstädtische Kassenscheine a 1 und 5 Thaler von 1848. — Schwarzburg-Sondershäuser Kassenscheine a 1, 5 und 10 Thaler vom 11. März 1854, 20. Dezember 1856 und 25. Oktober 1859. — Württembergische 2-, 10- und 35-Guldench. v. 1849 und 1850. — Weim. Kassenamt. a 1 und 5 Thlr. v. 20. April 1859. — Vorläufig noch eingelöst werden an den betreffenden Hauptkassen: Bremer Banknoten a 5, 10, 25 und 100 Thaler Gold v. 1. Oktober 1853, sowie a 100 Thaler Gold vom 1. Dezember 1863 (bis 1. Oktober 1873). — Chemnitzer Stadtbankscheine 1. und 2. Emision a 1 Thaler. — Coburgische Kassenscheine a 1 Thaler vom 22. Januar 1849 (bis 30. Juni 1874). — Kurhessische Kassencheine a 1, 5 und 20 Thaler. — Magdeburger Privatbanknoten a 10, 20, 50 und 100 Thaler vom 30. Juni 1856. — Nassauer Landesbanknoten und Landes-Kredit-Kassenscheine. — Norddeutsche Bundes-Darlehns-Kassenscheine von 1870 a 5, 10 und 25 Thaler. — Großherzoglich Hessische Grundrentencheine a 1, 5, 10, 25 und 70 Thl. seit 31. Dezember 1870. — Holsteinische Kassenanweisungen von 1854. — Kurhessische Leih- und Kommerz-Banknoten. — Dösterri. Banknoten in Dösterri. Währung a 10 Fl. vom 1. Januar und a 100 Fl. vom 1. März 1858. — Preußische Banknoten a 25 und 50 Thaler von 1846. — Preußische Kassenanweisungen a 1 und 5 Thaler vom 2. Januar 1833 und Preußische Darlehns-Kassenscheine a 1 und 5 Thaler vom 15. April 1848. — Russische Rubelscheine, sämtliche vor dem Jahre 1856 in Cours gesetzte für das europäische Russland bis ult. Dezember 1872 und für das asiatische bis 1. Juli 1873. — Sächsische (Kgl.) Kassenbillets von 1840, 1843, 1846, 1848 und 1855.

\*\* **Karlsruhe**, 31. März. Bei der heute stattgehabten Gewinnung der badischen 35-Guldenloose fiel der Haupttreffer von 35.000 Gulden auf Nr. 120.717, 10.000 Gulden fielen auf Nr. 130.364, 5000 Gulden auf Nr. 310.784; je 2000 Gulden fielen auf Nr. 7384, 201.094, 224.949, 228.794 und 242.512; je 1000 Gulden fielen auf Nr. 75.260, 76.034, 134.250, 133.918, 150.158, 158.904, 166.879, 197.308 228.753, 260.610, 297.557 und 298.187.

— 1. April. Bei der heute stattgehabten Serienzählung der badischen 4 Proz. Prämien anleihe (100-Thaler-Loose) wurden die nachfolgenden Serien gezogen: 139 267 337 839 1176 1268 1410 1439 1584 2038 2158 2369.

\*\* **Wien**, 1. April. Monats-Ausweis der österreichischen Nationalbank.\*)

Notenumlauf	320.812.580, Abnahme 5.245.650 Fl.
Metallschatz	144.113.253, Abnahme 698.250 =
Zu Metall zahlbare Wechsel	4.114.395, Zunahme 31.298 =
Staatsnoten, welche der Bank gehören	1.861.248, Zunahme 2.379 =
Wechsel	144.220.672, Abnahme 7.583.053 =
Lombard	79.500.131, Zunahme 37.941.431 =
Eingelöste und hörlemäßig angekaufte Pfandbriefe	8.325.428, Zunahme 1.348.178 =

\*) Ab- und Zunahme gegen den Monats-Ausweis vom 2. März.

\*\* **Wien**, 1. April. Bei der heute stattgehabten Zählung der Kreditloose fiel der Haupttreffer von 200.000 Fl. auf Nr. 59 der Serie 3531, 40.000 Fl. fielen auf Nr. 81 der Serie 1356, 20.000 Fl. fielen auf Nr. 59 der Serie 1022, je 5000 Fl. fielen auf Nr. 32 der Serie 319 und Nr. 50 der Serie 1022. Ferner wurden folgende Serien gezogen: 192, 466, 1041, 2410, 2494, 2496, 2642, 2806, 3216, 3919.

Bei der heutigen Zählung der 1854er Lose fielen 110.000 Fl. auf Nr. 37 der Serie 2875, 20.000 Fl. auf Nr. 24 der Serie 3685.

\*\* **London**, 1. April. Die Agentur des Comptoir d'Escompte macht bekannt, daß sie von heute an die Coupons der türkischen Anleihe von 1869 einzösen, auch die am 5. d. M. ausgelösten werden. Obligationen derselben sofort auszahlen werde. — Der Ueberhauß der englischen Staatseinnahmen in dem Rechnungsjahr 1873—1874 beläuft sich auf 1.025.637 Pf. St. Der für das Rechnungsjahr 1874—1875 zu erwartende Ueberhauß wird von der "Times" auf 34 Mill. Pf. St. angeschlagen.

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Von der C. Pfeiffer'schen Buch- und Kunsthändlung in Berlin, die sich schon durch mehrere Ausgaben von Spezialgegenständen und Gesetz-Repertoriern bekannt gemacht hat, gehen uns soeben die ersten Lieferungen eines Werkes zu, auf welches wir unsere Aufmerksamkeit zu richten glauben.

### Deutscher Hand- und Geschäfts-Sekretär.

herausgegeben von Dr. G. M. Klecke und O. Gottschick, nennt sich das Werk, das wir meinen, und es bietet nach dem Inhalt des Probstes mehr als dieser Titel verspricht: es will ein Rathgeber in allen Fällen des praktischen Lebens sein, besonders in Rechtsfragen, beim schriftlichen Verkehre mit den Behörden, beim geschäftlichen und außergeschäftlichen Briefwechsel, bei der Buch- und Rechnungsführung. Die beigegebenden Münz-, Maß- und Gewichtstabellen werden bei den vielen und einschneidenden Veränderungen in diesen Gebieten ebenso willkommen sein, wie eine Anzahl anderer Beigaben, die uns eigentlich alle Anforderungen zu erschöpfen scheinen.

### Vermissches.

\* **Clara Bauer**. Es wird unseren Lesern interessant sein zu erfahren, daß der seit einigen Jahren sehr vielgenannte Schriftstellername Karl Detlef, ein Pseudonym ist. Niemand kannte den Verfasser von "Bis in die Steppe" und "Unlösliche Bande", die zur Zeit ihres Erscheinens ein gewisser Aufsehen erregten und hinter deren Autor man keineswegs geneigt gewesen wäre, eine Dame zu suchen. Und gleichwohl verbirgt sich eine solche hinter jenem Schriftsteller-namen. Der wirkliche Name der Dame ist Clara Bauer und was besonders interessant, als vor etwa sechs Jahren ihr Erstlingswerk "Bis in die Steppe" erschien, hatte die Verfasserin die Mitte der Zwanziger kaum erreicht. Clara Bauer ist die Tochter eines höheren preußischen Beamten, der in den sturmreichen Jahren 1848 und 1849 einen lebhaften Anteil an den Ereignissen der damaligen phantastischen Zeit nahm, stark opponierte, die Steuern verweigerte u. s. w., aber sich von der extremen Richtung abwandte. Er wurde als Beamter in die Provinz Posen versetzt und hier, wo sie ihre Kindheit verlebte, wuchs sie in der polnischen Kreisstadt, in der ihr Vater Landrat war, unter der Leitung einer vortrefflichen Gouvernante auf; in all' der Freiheit, die nur ein halb ländliches Leben gewähren kann und die unmöglich nötig ist für die Entwicklung einer originalen Individualität. Hier kam natürlich der Landrat in häufige Berührung mit dem polnischen Landadel und da die Tochter den Vater oft auf seinen Fahrten über Land begleitete, legte das nachdenkliche und scharfsagige Mädchen die Grundlage zu ihrer wunderbaren Kenntnis der Slaven, ein Zug, der ihren späteren Romanen ganz besonderes Interesse gab. Der Tod ihres Vaters wies das junge Mädchen darauf hin, sich eine unabkömmlinge Lebensstellung zu schaffen. Clara Bauer wandte sich nach Petersburg. Sie trat als Pianistin in ein vornehmes russisches Haus.

